

**KEIN  
GELD  
FÜR  
KRIEG**

# Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 46, Dezember 2011

## Sehr geehrtes Netzwerk Friedenssteuer!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom Mai d.J., mit dem Sie mir die Zusendung vieler Briefe, d.h. Eil-Anträge auf Hinterlegung bzw. Stundung von Steuern aus Gewissensgründen, ankündigten. Tatsächlich habe ich 64 Anträge bekommen. Beantwortet habe ich bisher 60, die restlichen 4 bekommen Sie noch. Ich muss sagen, da haben Sie ein interessantes Thema angesprochen, Respekt!

Natürlich hatten meine SachbearbeiterInnen damit gar keine Erfahrung, so dass sie bloß alle altbekannten Register gezogen haben. Das ist mir recht, so gehört sich das; das mögen Sie ihnen bitte nicht verübeln. Darf ich Ihnen einen Tipp geben? Wenden Sie sich, wenn Sie denn unbedingt so weitermachen wollen, doch auch persönlich an Ihren SachbearbeiterIn oder gar DienststellenleiterIn. Was nicht heißt, dass Sie da mehr Chancen hätten! Aber für sie ist das Thema durchaus interessant, da lohnt sich ein Besuch - mal etwas Abwechslung in ihrem trockenen Steuer-Alltag.

Einige meiner SachbearbeiterInnen haben sich keine Mühe gegeben und ihre Ablehnung nur spärlich begründet. Zwei haben sie sogar überhaupt nicht begründet. Da weiß ich nicht: soll ich sie rügen, weil nicht bürgerfreundlich, oder eher loben, weil sie keine Energie an aussichtslose Fälle verschwenden? Andere haben sich gründlich informiert und auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs berufen. Das sind die Fleißigen, wo ich manchmal Angst habe, sie könnten zu gut suchen und doch noch ein Schlupfloch finden. Aber nun: wenn wirklich eins da ist, ist es da. Sollen es die Politiker stopfen - oder auch nicht, mir egal. Ich führe ja nur aus. Da ich politisch neutral bin, darf ich Ihnen guten Gewissens und ernst gemeint viel Erfolg wünschen - beim Parlament!

Hochachtungsvoll,  
Ihr Finanzamt

weiter auf Seite 4

Vielen Dank für die interessanten Gespräche von Ihrem Herrn Heilmann mit 17 meiner Abgeordneten zum Thema Zivilsteuergesetz. Das Thema hat mich sehr beeindruckt und gerne spreche ich Ihnen meinen tiefen Respekt für Ihr pazifistisches Engagement aus. Selbstverständlich fühle ich mich ebenfalls der Friedensförderung verpflichtet - steht ja auch im Grundgesetz.

Natürlich hatten die meisten der 305 kontaktierten Abgeordneten noch nie von einem Zivilsteuergesetz gehört, geschweige darüber nachgedacht. Insofern können Sie mir die Zurückhaltung in 288 Fällen nicht verübeln. Daher ist es doch als sehr positiv zu bewerten, dass einige (mindestens 10!) Abgeordnete gern Ihren Gesetzestext so wie die beiden Gutachten lesen wollten. Und wenn ich Ihnen einen Tipp geben darf: Warten Sie doch, bis der bundesweite Volksentscheid beschlossen wird. 2003 hat einer meiner ältesten Hasen vorausgesagt, dass dies spätestens 2013 der Fall sein wird.

Es gibt drei Grundprinzipien, die unantastbar sind: 1. das Steuersystem, 2. die Bundeswehr, 3. die Budgethoheit. Und da die allermeisten meiner Mitglieder Realpolitiker sind, lassen sie an diesen Grundprinzipien nicht rütteln. Militärsteuer wäre eine Gebühr für eine Gegenleistung. Das wäre ein Bruch im Steuersystem. Bundeswehr abwählbar? Die Armee steht für Menschenrechte und Landesverteidigung; Entwicklungshelfer fordern sie an! Da KANN man nicht dagegen sein! Die Budgethoheit ist ein sehr hohes Gut. Grundrechte? Da kenne ich mich nicht so aus. Ich will Sie nicht entmutigen, aber es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass meine Mehrheit mitrechts-neodignens ist. Daher kann ich Ihnen nicht guten Gewissens, sondern nur halbherzig Erfolg wünschen - beim Bundesverfassungsgericht!

Hochachtungsvoll,  
Ihr Parlament

mehr auf Seite 7

## Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrpflichtige bis 2011 zwischen Kriegsdienst und Zivildienst wählen durften. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

**„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“**

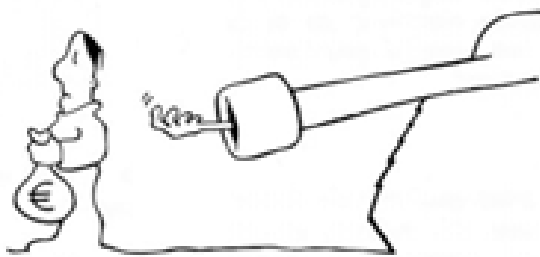
Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei Gutachten. Alle drei Texte sind fachjuristisch einwandfrei. Damit machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Zur Unterstützung sammeln wir Unterschriften unter oben stehende Erklärung. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

### Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben. Da Friedensarbeit auch Kosten verursacht, freuen wir uns über eine Spende (mind. 10,-/Jahr), am liebsten eine Dauerspende. Sollten Sie nicht spenden können, aber Interesse an unserer Arbeit haben, bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten auch ohne zu spenden. Für uns ist es am wichtigsten, dass wir viele werden!

**Termine:** siehe auch [www.friedenssteuer.de](http://www.friedenssteuer.de) „Termine“

- 21. Januar 2012 AG Steuern zu Pflugscharen, 10 – 17 Uhr, Böhlastr. 2, Weimar
- 10.-11. Februar 2012 Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden in Magdeburg, Thema: ‚Ökonomie und Krieg‘.
- 10. März 2012 AG Rechtswege, 10.00 - 17.00 h, Adi-Maislinger-Str. 19, München
- 16.-18. März 2012 Jahrestagung des Netzwerks in Woltersdorf bei Berlin, Faltblatt im Heft

<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Kein Spinner	3
Bericht vom Arbeitstreffen	
Hallo Finanzamt	4
Lobbyarbeit	7
Öffentlichkeitsarbeit	8
Friedenskonvokation	9
Steuern zu Pflugscharen	12
Ziviler Friedensdienst	14
Internationales	16
Aachener Friedenspreis	18
Beipackzettel Hallo Finanzamt	19
Beilagen:	
Faltblatt Jahrestagung 2012	
Aktionskarte SzP, Aktionskarte ZFD	



#### Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.

Auflage: 600 St.

Redaktionsschluss der nächsten *FN*:

**15. März 2012**

Kontaktadressenliste auf Seite 20

Netzwerk Friedenssteuer e.V.  
Krennerweg 12, 81479 München

[info@netzwerk-friedenssteuer.de](mailto:info@netzwerk-friedenssteuer.de)  
[www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de)

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00  
BLZ 430 609 67,  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## Kein Spinner

Auf dieser Seite stellen sich seit fünf Jahren Friedenssteuer-Aktive vor, die unsere Frage: "Bist du ein Spinner?" beantworten. Michael Held, *Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE* in Bad Hersfeld, und beim Netzwerk für Vernetzung zuständig, bevorzugt es, seine (leicht gekürzte) Rede in Kingston hier wiederzugeben. Sein Bericht über ‚Kingston‘ s. Seite 9.

### Abstimmungsaufforderung in der plenaren Abschlussitzung der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika, am 24. 5. 2011

Es ist hier auf der Friedenskonvokation und seit vielen Jahren in der ökumenischen Bewegung viel Aufrüttelndes zum Krieg und zur Beendigung jedweder Form von Krieg gesagt worden.

(...) Hieraus ist folgendes festzuhalten und zu bekennen: Es waren und sind Christen, die die schlimmsten Waffen entwickelt, über die Welt verbreitet und auch angewendet haben. Und die die Rüstungsspirale immer wieder anheizen.

(...) Durch unsere Steuern finanzieren, ermöglichen und verantworten wir als die Geldgeber dieses ganze System des militärisch-industriellen Komplexes. Das muss uns klar sein.



Daraus ziehen wir jetzt folgende Konsequenzen (ich spreche hier für viele Teilnehmer dieser Konvokation):

- Wir Christen beteiligen uns nicht mehr an Erforschung, Entwicklung, Produktion, Handel und Einsatz von Kriegswaffen, sowie an der Finanzierung von Krieg und seiner Vorbereitung.
- Wir bitten alle Menschen, sich uns anzuschließen: Der Einsatz von Waffengewalt als Instrument der Konfliktentscheidung wird geächtet, gleich ob er Krieg genannt wird oder nicht.
- Es werden in allen Ländern zahlreiche Friedensfachkräfte zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung auf allen Ebenen - lokal, regional, global - ausgebildet und eingesetzt.
- Die Zivilgesellschaft und voran alle unseren Kirchen werden ein Frühwarnsystem ebenfalls lokal, regional und global aufbauen. Auf allen Ebenen wird es verbindliche Institutionen für die Konfliktarbeit geben, sodass das Militär obsolet wird.
- Die zuständigen Gremien und Organisationen der UN und der NRO, die Universitäten der Welt und die Jugendorganisationen in allen Ländern werden aufgefordert, Strukturen und Institutionen zur Realisierung dieser Vorstellungen vorzuschlagen, öffentlich zu diskutieren und zu helfen, diese zu etablieren.
- Gleichzeitig muss das internationale Recht als unabhängiges Weltfriedensrecht einer neuen Weltinnenpolitik so weiterentwickelt und ausgebaut werden, dass alle Menschenrechtsverletzungen vor ein unabhängiges Gericht kommen. Jeder, der hier schuldig gesprochen wird, darf kein politisches Mandat mehr bekommen.
- An unseren Schulen - aber auch schon in den Kindergärten, und an den Hochschulen besonders auch bei der Ausbildung unserer PfarrerInnen wird gewaltfreie Kommunikation unterrichtet, geübt und angewendet. Konflikte gewaltfrei zu lösen ist die angemessene Art menschlicher Kommunikation. Diese und weitere Punkte sollen in einem Programm, das der Generalversammlung in Busan/Korea 2013 vorgelegt wird, enthalten sein. Und - es soll in einer Folgedekade in unseren Gemeinden und Kirchen umgesetzt und durch den ÖRK gegenüber der UNO, sowie von unseren Kirchenleitungen gegenüber der Staatenwelt vertreten werden. Ich bitte um Ihre/Eure Zustimmung! Vielen Dank!

*Michael Held*

P.S. Der Tagungsleitung lag mein Text vor. An der Stelle, als ich auf die Kriegssteuerverweigerung zu sprechen kam, wurde mir das Mikrophon entzogen. Weitere Teilnehmer stürmten das Mikrophon, um ihre Voten abzugeben. Damit war dieser Punkt weg vom Fenster'.  
mehr auf Seiten 9 bis 11

## Bericht vom Arbeitstreffen in Rotenburg/Fulda, 16.-18. September 2011

Dieses Jahr tagten wir in dem Begegnungshaus, wo wir 2008 unser 25-jähriges Jubiläum feierten. Die Ergebnisse der Tagung finden Sie hier in den Berichten der Arbeitsgruppen.

### AG Rechtswege

#### Aktion "Hallo Finanzamt!"

Gleich vorneweg: Das eine Finanzamt, das den Mut hat, in unserem Sinne zu reagieren, haben wir noch nicht gefunden.

Die 60 Antworten auf 64 Anträge kamen von 37 Finanzämtern, s. rechte Spalte. Bei einigen Ämtern wurden mehrere Anträge gestellt (bis zu 6). Wir haben den Eindruck, dass etliche Anträge bzw. Antworten noch nicht bei uns gemeldet wurden, und bitten hier alle Betroffenen dringend, dies nachzuholen. Hier folgen nun die wichtigsten Ablehnungsargumente (kursiv unsere Bemerkungen dazu):

1. weil die sachliche Zuständigkeit der Finanzbehörden sich nur nach der Abgabenordnung (AO) richte. *D.h.: Die Ämter brauchen/sollen nicht über die AO hinaus denken. Die Grundrechte bleiben so außerhalb des FA-Blickfeldes, was sich an folgender Aussage eines FA-Sachbearbeiters demonstriert:*  
„Es kann offen bleiben, ob die Pflicht zur Steuerzahlung zu einem Eingriff in die Gewissensfreiheit führen kann.“ Genau darum geht es! Der Beamte kennt offensichtlich weder das Grundgesetz noch die Gerichtsurteile - welche zwar alle in unserem Sinne negativ und anfechtbar sind, aber die Frage eben *nicht* offen lassen.
2. weil Steuern keine Zweckbindung haben dürfen; Militärsteuer wäre eine Gebühr für eine konkrete Gegenleistung, wie Abfallgebühren, und somit keine ‚Steuer‘ zu nennen. *Das wäre in unserem Sinne. Dann hat das Kind eben einen anderen Namen.*
3. weil eine ‚erhebliche Härte‘ sich immer und ausschließlich auf finanzielle Probleme des Steuerzahlers bezieht. *Andere ‚Härten‘ sind aber nicht verboten.*
4. weil die Finanzämter selber keinen Einfluss auf die Verwendung der Steuern haben.
5. weil Finanzämter zu politischer Neutralität verpflichtet sind; daher sei keine Zurückbehaltung von Steuergeldern möglich.
6. weil Stundung von Abzugssteuern (Lohnsteuern) grundsätzlich ausgeschlossen sei.

Das waren die system-internen Argumente. ‚Offene Flanken‘:

Ad 1. Dieses Problem ist nicht nur eins der Legislative, sondern auch eins der Exekutive (also der Finanzbehörden), der es nicht erlaubt ist, die Grundrechte nicht zu beachten. Sie ist durch Art. 1 (3) GG an allen Grundrechten unmittelbar gebunden!

Ad 3. Was noch nicht formuliert wurde, kann angegangen werden, ruhig auch auf Initiative eines mutigen Finanzamtes.

Die nächsten Argumente sind rein politische:

7. weil Steuerpflichtigen kein Mitbestimmungsrecht bei der Steuerverwendung haben (Budgethoheit); das ist weder im Grundgesetz noch in anderen Gesetzen vorgesehen. *Also auch nicht verboten; aber dies ist tatsächlich nicht das Gebiet der Finanzbehörden.*

#### Anträge gingen ein bei folgenden

##### Finanzämtern:

Ansbach  
Baden-Baden  
Bad Tölz  
Bayreuth  
Berlin-  
Lichtenberg  
Berlin-  
Prenzlauer Berg  
Berlin-  
Pankow-Weissensee  
Dortmund-Unna  
Eichstätt  
Erlangen  
Freising  
Fürstenfeldbruck  
Fürstenwalde  
Hagen (schon 2010)  
Hamburg-Hansa  
Hersbruck  
Jena  
Kassel I  
Kleve  
Köln-Altstadt  
Köln-Nord  
Landshut  
Leonberg  
Lörrach  
Lüchow  
Mosbach  
München-Erhebung  
München II  
Nürnberg-Nord  
Nürnberg-Süd  
Pirna  
Pößneck  
Rosenheim  
Tuttlingen  
Uffenheim

8. weil es strikte Trennung zwischen steuerlicher Staatsfinanzierung und haushaltsrechtlicher Verwendungsentscheidung gibt. *D.h.: das Gewissen betrifft die Verwendung, nicht die Steuerpflicht und ist somit Sache der Politik*, s. Seite 6 Punkt d.
9. weil es undemokratisch wäre, wenn der Einzelne seine Überzeugung zum Maßstab der Gültigkeit genereller Rechtsnormen sowie ihrer Anwendung machen könnte. *Es ist auch undemokratisch, eine mögliche Wahl für alle abzulehnen, die ein Grundrecht zur Umsetzung verhelfen könnte.*

### Persönlicher Besuch eines Antragstellers bei seiner FA-Sachbearbeiterin

Ein Antragsteller gab sich die Mühe, persönlich mit dem Ablehnungsbescheid bei seiner Sachbearbeiterin anzuklopfen, um sich mit ihr darüber zu unterhalten. Er hatte auch schon Einspruch eingereicht und die Ablehnung dazu bekommen.



Das Gespräch verlief in guter Atmosphäre. Zum Schluss übergab sie ihn ihrem Kollegen der Rechtsstelle, der ihm ebenfalls sehr freundlich und respektvoll weitere Tipps gab, wie er schnellstmöglich zu einer Klagemöglichkeit vor dem Finanzgericht käme. Der Beamte war durch Fachzeitschriften über das

Thema ‚Zivilsteuergesetz‘ informiert und es schien ihm zu gefallen, von mehreren Ebenen zu hören, auf denen das Netzwerk Friedenssteuer aktiv ist, um eine gewissensneutrale Alternative bei der Steuerzahlung zu bewirken. Der Beipackzettel lag in seiner Akte und wurde offenbar studiert.

Sein Fazit: "Ich konnte meine Gewissensentscheidung und Ernsthaftigkeit überzeugend darstellen. Mein persönliches Erscheinen wurde gewürdigt. Es trug erkennbar dazu bei, dass beiderseitige Vorurteile schon vor einem Gerichtsverfahren zusammenschmolzen, und sich die erforderlichen Türen für mich wie ‚von selbst‘ öffneten."

### Gruppenbesuch bei einem FA-Dienststellenleiter

Montag, den 16. Mai um 11.00 Uhr sammelten sich 8 Menschen vor ihrem Finanzamt. Drei von ihnen brachten ihren Antrag auf Militärsteuerverweigerung mit, die anderen bildeten die Stütztruppe (sie zahlen keine direkten Steuern, sympathisieren aber mit der Aktion). Später bekam dieses FA noch weitere drei Anträge. Presse war informiert, aber leider nicht gekommen. Der Dienststellenleiter, der vorab mit Info-Material versorgt worden war, lud sofort in einen Sitzungsraum und unterhielt sich ca. 45 Minuten in freundlicher, offener Atmosphäre mit ihnen.

Den gegebenen Spielraum („erhebliche Härte“ auch anders als rein finanziell, nämlich als Gewissen belastend zu interpretieren) nutzen wäre für ihn denkbar, aber:

- 1) wisse er ganz genau, dass er dann sofort 'von oben' eine Anweisung bekomme, diese Schiene zu verlassen ;
- 2) stünde er persönlich nicht ganz dahinter, obwohl das Thema ihm sehr sympathisch sei. Das weitere Gespräch verlief genau so, wie bei den Abgeordneten:

Die Wirklichkeit kennen wir  
Aber das Mögliche kennen wir kaum  
Das Mögliche ist beinahe unendlich  
Das Wirkliche streng begrenzt  
Weil doch nur eine von allen Möglichkeiten  
Zur Wirklichkeit werden kann  
Das Wirkliche ist nur ein Sonderfall des Möglichen  
Und deshalb auch anders denkbar  
Daraus folgt: Dass wir das Wirkliche umzudenken haben  
Um ins Mögliche vorzustoßen.

*Friedrich Dürrenmatt*



- da kann ja jede/r kommen (das ewige Dammbbruch-Argument)
- der ewige Autostraße-Vergleich (als hätten Vor- und Nachteile hier etwas mit Gewissen zu tun)
- der ewige Abtreibungs-Vergleich
- "Alle Achtung für Ihr Gewissens-Thema"
- "Ich persönlich gehe ja auch gegen die Atomenergie auf die Straße, aber nicht als Finanzamtsleiter..."

Das Ergebnis dieses Gruppengesprächs barg doch einen klitzekleinen Erfolg:

- 1) die Aussage: "er könne diesen Spielraum nutzen" (wenn er denn wollte). Diese Worte hat er (und hat seine Rechtsabteilung!) auch nicht zurückgenommen, als er sie per Papier-Protokoll und eMail vorliegen hatte!
- 2) die Zusage, dass er unser Thema am Rande des nächsten Treffens aller FA-Leiter in den umliegenden Distrikten erwähnen würde.

Beim Nachhaken wurde festgestellt, dass dieser FA-Leiter tatsächlich acht KollegInnen angesprochen hat;



eine/r von ihnen musste sich auch schon mit ‚diesem Fall‘ befassen. Weiterhin hat seine Rechtsabteilung sich sehr viel Mühe mit den Antworten gegeben, "weil wir Ihnen keine O815-Antwort schicken mögen". Nun hatte der Jurist es wirklich nicht leicht, weil die AntragstellerInnen schon vorab mitgeteilt hatten, welche Antworten sie schon kannten, die sie nicht unbedingt noch einmal hören wollten.

Tatsächlich schaffte er dann gut recherchierte, seriöse Antworten ohne Oberflächlichkeit. Hauptargument: Berufung auf Grundrechte ist in der Abgabenordnung nicht vorgesehen und wurde bis jetzt in

allen Gerichtsurteilen abgelehnt. **Also wieder einmal: Das Steuerrecht gehe vor den Grundrechten!**

Fazit: Das Positive ist, dass die Aktion in und um dieses Finanzamt nun doch eine gute Zahl von Menschen erreicht hat, die das Thema weiterbringen, ob Steuerzahlende oder Finanzbeamte. Mit Pressebeteiligung wäre es noch besser gewesen.

### Wie geht es nun weiter?

- a. Für die Antragsteller, die weitermachen wollen, haben wir einen zweiten ‚Beipackzettel‘ erstellt, siehe Seite 19. Wenn Sie den Einspruch nicht rechtzeitig eingereicht haben, können Sie 2012 noch mal neu anfangen, am Besten mit einer richtig individuellen Begründung, persönlicher als im Musterbrief. Sehr gute Text-Beispiele erhalten Sie bei der Redaktion. Besuchen Sie Ihr Finanzamt persönlich!
- b. Drei Einsprüche wurden schon erhoben; einer wird zu einer Klage vor dem Finanzgerichtshof führen (s.o.). Bei einem wissen wir das noch nicht genau und die dritte Person wartet noch auf Antwort.
- c. Für diejenigen, die dieses Jahr noch nicht dabei waren: Nächste Runde, nächste Chance in 2012. Es gibt insgesamt ca. 600 Finanzämter. Noch keine 10% wurden 2011 erreicht! Wir werden rechtzeitig mit FN47 zur zweiten Runde aufrufen. Wir hoffen dann auch noch weitere Tipps geben zu können.
- d. Wir spielen mit dem Gedanken, zweigleisig vorzugehen, d.h.: parallel zum Finanzgericht vor einem Verwaltungsgericht zu klagen, da uns ja die Verwendung der Steuern die Gewissensprobleme schafft, nicht eigentlich das Zahlen von Steuern (nur von Militärsteuer, der aber als solcher - fälschlicherweise - die Existenz aberkannt wird). Schließlich hat das Bundesverwaltungsgericht 2005 im Pfaff-Urteil festgestellt, dass "Im Konflikt zwischen Gewissen und Rechtspflicht die Freiheit des Gewissens ‚unverletzlich‘ ist". Und Steuerpflicht ist eine Rechtspflicht.
- e. Bei der Verfassungsbeschwerde bleiben wir am Ball - wir warten nun bald 3 Jahre, seit Feb. 2009.

### Nicht das Beginnen wird belohnt, sondern einzig und allein das Durchhalten. *Katharina von Siena*

Günther Lott berichtet:



"Am 11.5.2011 bekam ich wieder einmal Besuch von einem Vollstreckungsbeamten des Finanzamts. Es folgte ein freundliches, gegenseitig verständnisvolles und vergleichsweise ausgiebiges Gespräch (ca. 15 Minuten). Obwohl er unverrichteter Dinge' wieder gehen musste, haben wir uns freundlich verabschiedet und ich hatte den sicheren Eindruck, dass er meine Entscheidung mehr als gut verstanden hat. Es schien ihm fast Leid zu tun, nun eine bargeldlose Pfändung mit zusätzlichen Kosten ankündigen zu müssen. Es menschtelt halt überall."

Am 06.06.2011 fand dann sein nächster Prozess statt vor dem Finanzgericht Stuttgart: Günther Lott gegen Finanzamt Sinsheim.

Günther: "Das Urteil war wie Dutzende seit Jahren vorher: Die Klage wurde abgewiesen, Revision nicht zugelassen. Kleine Ermutigung: Aus 'einschlägigen Kreisen' war zu erfahren, dass es vor der Urteilsfindung eine ausführlichere

Diskussion unter den RichterInnen gab, von denen mindestens eine sich besonders beeindruckt zeigte von der Thematik.\* Also geht's weiter wie gehabt: Nichtzulassungsbeschwerde, Verfassungsbeschwerde, ggf. europäisches Gericht."

\* Günthers Rede vor Gericht war auch sehr beeindruckend und kann von der Redaktion zugeschickt werden.

**Das Gewissen ist die einzige Wunde, die nie heilt. *Friedrich Hebbel***

## AG Lobbyarbeit

Wen wundert's, wenn die Abgeordneten sehr oft die gleichen Argumente bringen, wie die Finanzbehörden. Auch, wenn Einzelne weiterblicken - sie sehen keine Mehrheiten; nicht in ihrer eigenen Partei (außer *Die Linke*), erst recht nicht im Bundestag. Letzteres erwarten wir auch nicht, aber dass es noch nicht mal reicht (im Moment!) für eine interfraktionelle Gruppe von 35 MdB, das ist doch wieder enttäuschend. Anscheinend ist Politik noch immer nicht die Frage: "Wie wollen wir leben?", sondern der angebliche Sachzwang: "Wir müssen uns am System halten (sonst kommt das Chaos, und das ist nicht beherrschbar)." Am Steuersystem wohlgermerkt, nicht am Verfassungssystem, das klar sagt, dass die Grundrechte vor dem einfachen Recht gehen. Wenn man die Verfassung richtig umsetzen würde - da kämen viele ins Schwitzen. Daher wagen die Abgeordneten sich nur daran, wenn das Bundesverfassungsgericht sie dazu verdonnert. Das war denn auch das einzige Interesse, das Friedrich Heilmann bei den Unions-PolitikerInnen wahrnehmen konnte: "Ihr Gewissensthema ist nicht unseres, ganz und gar nicht, aber wenn Karlsruhe in Ihrem Sinne urteilt, müssen wir wohl ran." Ein FDP-Abgeordneter sagte gar: "Wenn das passiert, wird Karlsruhe auch eine Begründung liefern, warum so ein Gesetz nötig sei..." Also: Friedrichs Argumentation leuchtete ihm gar nicht ein; und nicht die Politik bestimmt, sondern das Gericht. Ein Armutszeugnis.

Hier ein Argument, das wir noch nicht kannten: Wenn wir die Bundeswehr abwählen könnten, wäre das eigentlich eine Stärkung für sie. Denn dann würde sie zu einer basisdemokratisch gewählten Instanz; da stünde ein Großteil der Steuer-Wähler wortwörtlich ausgesprochen hinter ihr. Und: die parlamentarische Kontrolle könnte bei einem Sondervermögen weniger stark werden. Dies gab eine Grüne zu bedenken, die selber die Bundeswehr gerne abwählen möchte.

Die allermeisten MdB sehen Militärsteuerverweigerung (MSV) nicht als gleichwertig mit Kriegsdienstverweigerung (KDV). MSV sei nicht persönliches, sondern symbolhaftes Handeln, das der Bundeswehr finanziell nicht schaden würde (wenigstens nicht sofort). So gesehen war aber auch KDV symbolhaftes Handeln, denn es hat nie die Bundeswehr verkleinert. Und - ist dann nicht jedes gewaltfreie Protestieren

symbolhaftes Handeln? Ohne dieses hätten wir allerdings die Mauer noch. Bei solchen Gegenargumenten von Friedrich wurden einige Abgeordneten dann doch nachdenklich.

Bei den 17 Gesprächen gab es schon noch einige Interessierte MdB, aber leider nur 5 'richtige'. Als Friedrich diese fünf, dazu noch vier aus früheren Lobbyrunden, zu einer gemeinsamen Besprechung einlud um auszuloten, wie diese das Thema gemeinsam aktiv weiterbringen könnten, gab es ein begeistertes "Interesse ja, Zeit nein, aber halten Sie mich auf dem Laufenden" oder freundlicher formuliert: "Ich möchte diese Arbeit schriftlich-beratend begleiten." Das war es dann für diese Runde.

### Trotzdem weiter?

Wir wissen, dass diese 9 ernsthaft interessiert sind, aber keine Mehrheit sehen. Und da sie wirklich genug Arbeit haben - wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen, wovon wir ausgehen - ist ihre Entscheidung zu verstehen. Auch werden sie mit KollegInnen sprechen, wie der Leiter dieses einen Finanzamtes es mit den seinen tat. Das Umfeld dehnt sich immer ein klein wenig aus.

Wir belassen es für diese 17. Wahlperiode bei den 305 Büros und warten die nächste Wahl ab. So schnell wie es vernünftig ist werden wir danach die andere Hälfte ansprechen. Ja, trotzdem weiter!

*Gertie Brammer*

### AG Öffentlichkeitsarbeit

Vielleicht haben Sie es bemerkt - die Friedenssteuer Nachrichten haben eine andere Schrift bekommen. Sie heißt "Vollkornschrift" und wurde von Friedrich Althausen, Absolvent der Bauhaus Universität Weimar, entwickelt. Versuch gelungen? Wir bitten um ein Echo.

Wie geht es unserem Blog 'Friedenssteuer'? Noch soll der Versuch weitergehen, unsere Gedanken und Inhalte in dieser lockeren Form niederzuschreiben. Ca. 70 Besuchende pro Tag sind eine gute Zahl, die allerdings auch verpflichtet. Wir brauchen mehr 'Futter' - Ideen und Themen sind herzlich willkommen.

Unsere Internetseite [www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de) könnte mehr Englisch vertragen. Im Zuge einer sowieso fälligen Überarbeitung sollte das mit erledigt werden. Aber welche Seiten müssten es sein? Bisher gibt es nur die Verfassungsbeschwerde als englischen Text.



#### Ein ebenso herzlicher wie ernst gemeinter Aufruf:

Wir haben einen eMail-Verteiler für die kurze "Zwischendurch-Nachricht". Sie ist für unsere Kampagnenfähigkeit sehr wichtig. Eil-Informationen lassen sich nicht in den *Friedenssteuer Nachrichten* verbreiten. Bitte geben Sie uns ihre Mail-Adresse (sofern Sie nicht schon im Verteiler drin sind). Die Adresse wird nicht veröffentlicht und nur für den Zweck 'Kurz-Info' benutzt. Bitte Mail an: [heilmann@friedenssteuer.de](mailto:heilmann@friedenssteuer.de)

Auf der Internetseite werden wir drei Listen einstellen, die interessant sind, wenn Sie Material, Texte (Bücher, Artikel, Referate) oder Spruchbänder zu unserem Thema suchen. Die Bücher können wir verkaufen, verleihen oder verschenken. Jede/r kann auch uns passende Bücher anbieten. Der jeweilige Ansprechpartner wird auf den Listen angegeben.

Wer von unseren Aktiven noch unregistrierte Spruchbänder in Obhut hat, möge das bei mir anmelden, die Adresse finden Sie auf der letzten Seite.

*Friedrich Heilmann*







## Internationale Ökumenische Friedenskonvokation - IÖF I

### Das wahllose und gezielte Morden geht ungebremst weiter. Die vertane Chance des ÖRK zum Abschluss der ‚Dekade Gewalt überwinden‘ im Mai 2011 in Kingston / Jamaica

Wir haben immer wieder in den vergangenen Jahren in den Friedenssteuer-Nachrichten über die Vorbereitung der IÖF berichtet (Nr. 41, 43, 44). Und so war der Ablauf (aber das wird hoffentlich nicht der letzte Bericht zu dieser Angelegenheit sein!):

Zur Konferenz waren 1.000 Menschen aus über 100 Ländern eingeladen, die sich in den vergangenen 10 Jahren in den Aufgaben der ‚Dekade Gewalt überwinden‘ engagiert hatten. Es war also keine Konferenz der Kirchenleitungen. Und sie waren alle gekommen, um ihre Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und Konsequenzen für ihre Kirchen und die Aufgaben der Kirchen, der Christen und Gemeinden, auch in ihren Gesellschaften und gegenüber ihren Staaten zu beschließen.

Entgegen ihrer ursprünglichen Anlage (entscheidende Planer der IÖFK haben zwischen 2006 und 2011 die Geschäftsstele des ÖRK in Genf verlassen), lief die Tagung ab wie ein Welt-Kirchentag: Die Plena, Seminare und workshops waren alle angelegt als eigene Veranstaltungen mit Referaten von vorn bis hinten, immer ca. 45 Angebote gleichzeitig und keine Zeit, um Querverbindungen und Austausch herzustellen oder Konsequenzen zu ziehen. Im Abschlussplenum wurde dann erstmals das Volk ans Mikrofon gelassen. Über 100 Voten, völlig ungeordnet, blieben einfach nebeneinander stehen; für mein Votum ‚Abstimmungsaufforderung‘ in der Schlussitzung am 24.5.2011, s. Seite 3.

Dieses alle überfordernde Chaos war ganz offensichtlich nicht Zufall, sondern Absicht. Man wollte keine Abstimmung im Plenum. Das Abschlussdokument war ein Sammelsurium von Wiederholungen aus früheren Ökumenischen Versammlungen, in weiten Bereichen blieben seine Aussagen hinter den Originaltexten zurück und lösten nur Betroffenheit und Enttäuschungen aus.

Beispiel: So hinterließ im Plenum "Frieden mit der Erde" ein Bericht über die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bewohner der Pazifikinsel Tuvalu große Betroffenheit bei allen Teilnehmern. Doch einen "erlösenden" Entschluss, wie wir als Ökumene darauf eingehen und dran bleiben, gab es nicht. Der Sachverhalt der untergehenden Pazifikinseln durch die Erderwärmung war allen schon vorher bekannt. Es wäre also an der Zeit gewesen, gegenüber früheren Verlautbarungen Konsequenzen zu ziehen. Mir war das gegenüber den beschei-

denen, eindrucksvollen Menschen von diesem Inselarchipel, die mit Riesenerwartungen angereist waren, äußerst peinlich!

Oder: Ein Bericht über 270 Ökogemeinden in Schottland ließ Hoffnung aufkommen. Doch was sind die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Bedingungen der Übertragbarkeit? Keine Analyse, keine Materialien um das aufgreifen zu können.

Dem massiv vertretenen Themenkomplex "Krieg ächten" widerfuhr das gleiche Schicksal: Obwohl im Eröffnungsplenum Margot Käßmann und Paul Oestreicher deutlich auf diesen Schwerpunkt hingewiesen haben (ich hatte im Vorfeld mit beiden darüber sprechen und sie gewinnen können), spielten diese beiden Redebeiträge und der vorliegende Antrag im Verlauf der weiteren Tage keine Rolle\*. Sowohl die Jugenddelegierten als auch viele andere Teilnehmer hatten von der Tagungsleitung verlangt, dass dieser Antrag im Plenum besprochen und beschlossen würde.

Die Chance, sich in Kingston auf praktische Schritte der Umsetzung früherer Beschlüsse, die im Antrag ‚Krieg ächten‘ zusammengefasst wurden, zu verständigen, diese Chance, einen Anstoß zu geben, den ‚die Welt‘ (die Kirchen, die Gemeinden die einzelnen Christen, die Zivilgesellschaft und vielleicht auch Politiker) nicht überhören kann, wurde vertan. Es wundert also nicht, dass die Weltöffentlichkeit oder auch nur die innerkirchliche Öffentlichkeit von dieser Konferenz keine Notiz nahm.

**Gibt es nicht einen positiven Satz zu Kingston zu sagen?** Doch: Es ist allen Anwesenden klar geworden, dass es noch nie einen gerechten Krieg gegeben hat und dass mit militärischem Eingreifen in Konflikte "gerechter Frieden" nicht hergestellt werden kann. Es soll für die nächsten Mitgliederversammlung des ÖRK 2013 in Busan (Korea), bei dem sich die Kirchenleitungen treffen und verbindliche Beschlüsse fassen können, ein Programm vorbereitet werden "Wie werden unsere Kirchen Kirchen des gerechten Friedens". Es wurde uns hoch und heilig versprochen, dass unsere Vorschläge darin aufgenommen werden. **Es ist also jetzt unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das wirklich passiert und sie nicht bis dahin wieder zerredet und nivelliert werden.**

*Michael Held*

\*) Unser Antrag war inzwischen umbenannt worden in *Erarbeitung eines Programms zur Überwindung des Krieges als Instrument der Politik*, wurde als Ökumenischer Informationsdienst - Sonderheft 18 gedruckt und allen 1.000 Delegierten ausgehändigt.

Ja, das Morden im Groben geht ungebremst weiter, s. unterstehenden Bericht vom 14.07.11, den uns Dr. Wolfgang Hertle aus Hamburg schickte.

LUANDA/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit einem neuen Rüstungsdeal arbeitet Berlin am Aufbau prowestlicher Militärstrukturen in den Ländern des Südens. Wenige Tage nach den ersten Berichten über den geplanten Verkauf von 200 Kampfpanzern an Saudi-Arabien teilt die Bundeskanzlerin mit, die Lieferung von sechs bis acht Kriegsschiffen (Patrouillenboote) für die angolische Marine sei geplant. Der geplante Kauf ist Teil einer umfassenden Aufrüstung der angolischen Streitkräfte. Parallel dazu bemüht sich Berlin um eine engere Militärkooperation, die Trainingspro-

gramme für angolische Soldaten vorsieht. Es geht darum, Angola auf Interventionen in Afrika vorzubereiten. Das Vorhaben entspricht der seit Jahren geübten Praxis der Bundesregierung, Militärstrukturen in Afrika aufzubauen, um kriegerische Operationen zur Durchsetzung einer pro-westlichen Ordnung auf dem Kontinent von einheimischen Soldaten ausführen zu lassen. Dies soll Kosten sparen und das Leben deutscher Soldaten schonen. Als Beispiel gilt der Einsatz von Einheiten der Afrikanischen Union in Somalia und Sudan. Zu den afrikanischen Militärstrukturen, deren Auf-

bau Deutschland unterstützt, gehören die Streitkräfte der Southern African Development Community (SADC), darunter die Armeen Südafrikas und Angolas.

Quelle: German-Foreign-Policy <newsletter@german-foreign-policy.com

Der Karikaturist, NEL (Ioan Cozacu aus Erfurt) hat am 6. November den 1. Preis im 12. Deutschen Karikaturenwettbewerb (Motto: Merkt doch keiner) gewonnen.

Wir gratulieren und bedanken uns für seine Genehmigung, dieses Bild abzudrucken!



Das Morden im Feinen wird aber abgelehnt! Nein, oh nein, da ist unsere Regierung anständig. Die USA hatten Minister Rösler bei seinem Besuch dort nach Lieferung des Mittels Thiopental gefragt - ein Narkosemittel, das für die Todesspritze bei Hinrichtungen eingesetzt wird. Rösler lehnte ab. Die deutschen Pharmakonzerne sollen ihm schon in seiner Zeit als Gesundheitsminister zugesichert haben, das Mittel nicht zu diesem Zweck zu exportieren. Ist das nix?

Ebenfalls in den USA sprach die Kanzlerin markige, anständige Sätze gegen das Morden:

"Keine Kette der Diktatur, keine Fessel der Unterdrückung vermag der Kraft der Freiheit auf Dauer zu widerstehen" und "Wovon wir heute nicht zu träumen wagen, kann morgen schon Realität sein".

In den USA war sie ganz die gewaltlose Ossi, der man gerne eine Freiheitsmedaille verleiht! Schade nur, dass auf der Kehrseite dieser Medaille "In weapons I trust" steht.

## Friedenskonvokation - IÖF II



Hier folgen die für uns wichtigsten Auszüge aus der Abschlussbotschaft von ‚Kingston‘:

(...) Wir sind geeint in unserem Bestreben, dass Krieg illegal werden

sollte. Kirchen haben die Verantwortung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu unterstützen und zu schützen und denjenigen Asyl anzubieten, die sich Militarismus und bewaffneten Konflikten entgegenstellen und widersetzen.

(...) Es ist ein Skandal, dass gewaltige Geldsummen für Militärhaushalte, die Lieferung von Waffen an Verbündete und den Waffenhandel ausgegeben werden, während dieses Geld dringend für die Beseitigung von Armut in aller Welt und die Finanzierung einer ökologisch und sozial verantwortlichen Neuausrichtung der Weltwirtschaft gebraucht wird.

(...) Gewalt (ist) gegen den Willen Gottes und (kann) keine Konflikte lösen. Aus diesem Grund gehen wir über die Lehre vom gerechten Krieg hinaus und bekennen uns zum Gerechten Frieden. Voraussetzung dafür ist, dass Konzepte nationaler Sicherheit, die sich exklusiv auf die eigene Nation beziehen, zugunsten der Sicherheit für alle überwunden werden.

(...) und rufen (die Verantwortlichen für die Planung der ÖRK Vollversammlung, die 2013 in Busan / Korea stattfinden wird) auf, dem Gerechten Frieden in all seinen Dimensionen höchste Priorität zu geben."

Inspiriert durch diese Botschaft aus Kingston formulierte Pfarrer Christian Führer (Leipzig) in seiner Rede vom 11. 09. 2011 eine Reihe von Forderungen. Die hier Folgenden interessieren uns am meisten:

## Die Landesregierungen sollen

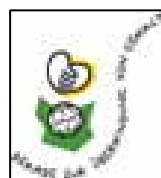
- die Kooperationsverträge der Kultusministerien mit der Bundeswehr (Jugendoffiziere) kündigen.

## Die Bundesregierung solle

- nach der Aussetzung der Wehrpflicht die vollständige Abschaffung des Militärs folgen lassen.
- Rüstungsexporte stoppen („Aktion Aufschrei“).
- die zivilen Friedensdienste ausbauen, u.a. durch Umwidmung von Verteidigungsgeldern (s. Aktion "20 Millionen mehr vom Militär" vom Zivilen Friedens Dienst, siehe Artikel Seite 14).

## Friedenskonvokation - IÖF III

In FN44, Seite 5, riefen wir dazu auf, den Antrag auf Ächtung des Krieges bei der IÖF zu unterstützen.



Wir baten um Meldungen von Briefen und Antworten. Da leider keine eingegangen sind, können wir jetzt nur von unseren eigenen Erfahrungen berichten.

Die AG Steuern zu Pflugscharen hat allen ev. Landeskirchen schriftlich gebeten, ihren Delegierten nahe zu legen, für den Antrag ‚Krieg ächten‘ zu stimmen. Nun kam der Antrag aber gar nicht zur Abstimmung, weil man in Kingston der Meinung war, dass ein solcher Antrag nur auf einer Vollversammlung des ÖRK abgestimmt werden dürfe. Die Friedenskonvokation berühre ‚nur‘ ein Teilgebiet des ÖRK. Die nächste Vollversammlung findet 2013 in Busan (Südkorea) statt. So müssen wir einen neuen Anlauf nehmen, aber mit dem Vorteil, dass nun schon viel Vorarbeit geleistet worden ist, und die Aufnahme des Antrages zur Abstimmung versprochen wurde.

Wir werden also erneut die ev. Landeskirchen anschreiben; wenn sich aktive Menschen aus anderen christlichen Religionen finden lassen, könnten sie auch Ihre Kirchen anschreiben.

---

## Martin Arnold: Gütekraft - Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit

nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt. Mit einem Geleitwort von Johan Galtung. Das Werk ist Teil der Reihe Religion - Konflikt - Frieden, Band 4.

284 Seiten, Broschiert, Nomos-Verlag / Baden Baden, ISBN 978-3-8329-6975-2, 19 Euro.

## AG Steuern zu Pflugscharen / SzP

### Friedenskonvokation - IÖF IV - Ende der Dekadenarbeit: Rück- und Ausblicke

Nicht nur in Kingston wurde das Ende der Dekade zur Überwindung von Gewalt mit Menschen aus verschiedensten Erdteilen reflektiert und gefeiert. Die Ev. Kirche in Mitteldeutschland lud am 8./9. Juli 2011 zu einem großen Abschlussfest ein, in dem man 10 Jahre Dekade Revue passieren ließ und über die zukünftige Arbeit zum Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung nachdachte. Eingeladen waren VertreterInnen von Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt- und andere Gruppen aus Sachsen-Anhalt und Thüringen, die Ökumenebeauftragten, Partner aus der Ökumene, Landessynodale, Gemeindeglieder, Mitarbeitende in Gremien unserer Kirche, eine bunte Runde. Und obwohl wir die Ergebnisse der Dekadenarbeit insgesamt eher mager als Mut machend finden, durften wir hier erleben, dass die Hoffnung weitergeht.

Wir wollen sehen, dass nach dem Themenwechsel für die neue Dekade (wahrscheinlich ‚Klimaschutz‘) das Thema ‚Frieden‘ nicht aus dem Blickfeld der Kirche verschwindet.

### Öffentliche Ehrung der Arbeit von SzP

Wir, Martin und ich, hatten die Freude, unter den 10 Personen zu sein, die "für ihr besonderes Engagement" in den letzten Jahren gewürdigt wurden. Und damit ihr es richtig versteht, **wir standen stellvertretend für euch alle da**, für die Arbeit von Steuern zu Pflugscharen im Netzwerk Friedenssteuer. Hier der Text der Laudatio:

"Einen herzlichen Dank für Ihr jahrelanges Engagement im Rahmen der Initiative Steuern zu Pflugscharen. Sie machen darauf aufmerksam, dass die Nutzung eines Teils der Steuergelder für Rüstung und Militär das Gewissen vieler Menschen stark belastet, und Sie arbeiten an einer Alternative in Form eines Zivilsteuergesetzes. Für Ihr Anliegen sind Sie beide bereits mehrfach vor Gericht gegangen, und derzeit liegt eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Wir wünschen bei der Verfolgung dieses Zieles weiter einen langen Atem und viel Zuversicht."

Wir denken, dass diese große Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für unsere Arbeit eine gute Basis für weitere Gespräche in unserer Gruppe und in den Kirchen sein kann.

*Gerlinde und Martin Rambow, Weimar, den 11. Juli 2011*



### 31. Friedenskonsultation der EKD

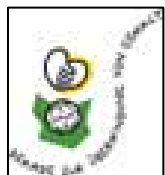
Sie fand vom 9.-11. Mai 2011 in der Ev. Akademie Neudietendorf statt. Steuern zu Pflugscharen war dort präsent. Im Vordergrund stand das Thema ‚Friedenspädagogik‘. Anlässlich des vorgestellten Planspiels POL&IS (s. Bericht in FN44) fand ein Streitgespräch statt zwischen Jan Gildemeister von der *AGDF (ev. Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bonn)* und Hauptmann Mathias Jahn, Jugendoffizier in Erfurt. Thema: ‚Die Werbung der Bundeswehr und der friedenspädagogische Auftrag der Schulen‘. Einige Aussagen vom Jugendoffizier, die für heftige Diskussionen sorgten, seien hier als Beispiele aufgeführt:

- Die Teilnahme eines jeden Schülers ist freiwillig.
- Die Arbeit der NRO ist von unschätzbarem Wert und stehe noch über die der Bundeswehr.
- Die Bundeswehr darf nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden, und das bestimme immer der Wähler.
- Die Bundeswehr ist schließlich nicht irgendwer. Sie macht immer nur Kooperationsangebote.

Nach Vorstellung des Spieles POL&IS als pädagogisches Mittel der Bundeswehr in Schulen wurde eines klar. Hier steht die Machtfrage an erster Stelle, nicht die Friedensfrage, erst recht nicht eine Friedensbildung. Und weiter: Friedenspädagogik stellt große Herausforderungen an Friedensbeauftragte und Religionspädagogen der Ev. Kirche.

Bei ‚Marktplatz und Gespräch‘ gab es eine Runde für Neues und Initiativen aus dem Teilnehmerkreis im Gespräch mit Renke Brahms. In dieser Runde konnte Gerlinde Rambow über die Arbeit des Netzwerkes und seine Aktualitäten sprechen. In der Folge wurden fast alle Materialien vom Infotisch mitgenommen.

### Friedenskonvokation - IÖF V



Pastor Bert Gedenk, Friedensbeauftragter der Ev.-Reformierten Kirche aus Emden, hatte bei dieser Tagung einen sieben Seiten langen offenen Brief an die EKD, den Präses, den Militärbischof und den Friedensbeauftragten ausgelegt. Gedenk war ursprünglich Delegierter für die Friedenskonvokation in Kingston. Er zog aber sein Mandat zurück und begründete das in diesem Brief. "Es macht mir große Angst, dass über die Widersprüche nicht geredet wird. Etwa die zwischen der Theorie des gerechten Friedens und dem Krieg in Afghanistan oder den Rüstungsexporten" (Siehe Art. "Eine verpuffte Chance" - Publik-Forum Nr. 11).

Er spricht wurde Punkte in unserer Kirche an, die nicht wirklich diskutiert werden:

- a. Krieg ächten? - Die deutsche Delegation für Kingston hat einen Initiativantrag vom Ökumenischen Netz in Deutschland dazu abgelehnt.
- b. Afghanistan? - Wo ist eine breite theologische Debatte über die gesamte westliche Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb unserer EKD?
- c. Militärseelsorge? Sie ist immer noch eine offene Wunde in der EKD-Friedenslandschaft. Einer, aber nicht der Einzige, der die Realität dieser internationalen Zusammenkunft der Kirchen und die Rolle der EKD dabei klar vor Augen hatte. Und wenigstens einer, der sich dazu bereits im Vorfeld klar und deutlich äußerte.

Gerlinde Rambows **Fazit**: "Die Tagung der Friedenskonsultation ist für mich ein sehr bereicherndes Podium für wichtige Gespräche und Erfahrungen mit vielen "guten Leuten" gewesen. Wir sind bei weitem nicht allein in der Landschaft der friedensbewegten Menschen und ergänzen uns wunderbar!"

### Ev. Kirchentag in Dresden, 1.-5. Juni 2011

Unser Stand war gut gestaltet mit den großen ‚Steuerbildern‘ aus dem Leporello (s. Bild) und mit der Waage von Dietrich Götsching, die den Besuchern das Verhältnis zwischen Ausgaben für Krieg und Frieden plastisch vor Augen führte. Besonders jüngere Leute probierten gerne aus und meistens führte das zu Gesprächen. Im Ganzen gab es etwas weniger Besucher als gewohnt, dafür blieben sie länger stehen und hatten die Gespräche oft mehr Niveau als in Dresden 2009. Wir bekamen zwar Anerkennung und Lob, aber es führte fast nie dazu, dass Besucher aktiv werden wollten. Als machten wir uns die Mühe stellvertretend für sie.

Bei verschiedenen Gelegenheiten sprachen wir mit Kirchenfunktionären, die wir noch mal auf unser Thema aufmerksam machen konnten und mit denen auch später wieder Kontakt aufgenommen wurde.





### Bundesweites Treffen von *Steuern zu Pflugscharen* am 13. August 2011 in Weimar

Nach längerer Zeit traf sich diese AG nun endlich wieder einmal im bundesweiten Rahmen. Es wurde über die Zukunft dieses Arbeitsbereiches, also der Arbeit innerhalb der Kirchen und die Bedeutung von SzP im Netzwerk Friedenssteuer beraten. Wo liegt die Bedeutung dieser AG, wie kann sie wieder Zuwachs bekommen, wie können die Regionen sich besser, lebendiger austauschen? Kernaussagen von diesem Treffen:

- SzP bleibt für das Netzwerk wichtig, weil die aus der biblischen und kirchlichen Tradition stammende Friedensbotschaft zum Kern der Theoriebildung und der Praxis von Friedensarbeit gehört. "Der einzige gesellschaftliche Akteur, auf den wir ernstlich hoffen können, sind die Kirchen."
- SzP wird die Kirchen weiter über die Arbeit des Netzwerkes und aktuell über den Entwurf des Zivilsteuergesetzes informieren.
- SzP wird dabei folgende Erwartung an die Kirchen aussprechen:
  - Sie sollten für die Kriegsdienstverweigerung auch mit der Steuer öffentlich eintreten, denn die Kirchen könnten nicht dulden, dass jemand zur Ausübung von Gewalt gezwungen wird.
  - Sie sollten VerweigerInnen Begleitung und Unterstützung gewähren.
  - Sie sollten analog an der KDV-Beratung nun Berater für MSV etablieren.
  - SzP will auf kirchlichen und sonstigen Großveranstaltungen Präsenz zeigen.
  - SzP wird nach Kräften innerkirchliche Öffentlichkeitsarbeit leisten.
  - SzP wird teilnehmen am friedentheologischen Diskurs.

#### Von KDV zu MSV

An der letzten Tagung der Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerung (KDV) in Berlin, am 14.05.11, nahmen für unser Netzwerk Sepp Rottmayr und Michael Held teil. Sie wollten versuchen, bei den Mitgliedsverbänden der Zentralstelle KDV darauf hinzuwirken, die Militärsteuerverweigerung (MSV) als Nachfolge der KDV zu etablieren. Der erste Satzungszweck der Zentralstelle ist der Einsatz für uneingeschränkte Achtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Sinne des Art. 4 GG; darunter fällt ja auch das Thema MSV. Leider wurde daraus nichts; man beschloss, die Zentralstelle aufzulösen. Mehr Erfolg hatten sie am nächsten Tag, dem 15.05., bei der anschließenden Veranstaltung "Geht es auch ohne Militär?", die letzte Veranstaltung der Zentralstelle zum Tag der KDV. Auf dem Podium gab es Prominenz aus Kirche, NRO und Presse.

Sepp Rottmayr erläuterte vor interessiertem Podium und Publikum unser Thema und erhielt, unter Mithilfe von Gisela Lattmann-Kieser, viel Zuspruch. Der Moderator war sofort auf das Thema eingeschwenkt und erklärte aus dem ff unser Zivilsteuergesetz! Sepps Fazit: 1) das Zivilsteuergesetz muss ins Bewusstsein möglichst vieler Menschen gelangen; 2) die Argumentation gelingt am Überzeugendsten, wenn man selber Militärsteuer verweigert hat. Daher: **Nicht verzagen, sondern verweigern; nicht jammern, sondern klagen!**

Auf dem Kirchentag standen wir schon öfters zwischen zwei Ständen, die sehr unterschiedlich sind. Vor uns: der Zivile Friedensdienst - ZFD, der ganz in unserem Sinne arbeitet; lesen Sie hier den Artikel von Christoph Bongard. Wenn Besucher uns fragen, was wir mit unserer Friedenssteuer denn bewirken wollen, schicken wir sie nach unserem Gespräch gerne zu diesem Nachbarstand.

#### Umsteuern für gewaltfreie Prävention!

Erinnern Sie sich an die letzten Präsidentschaftswahlen in Kenia? Wahrscheinlich nicht. Sie verliefen weitgehend gewaltfrei. Eine drohende Konfrontation zwischen Anhängerinnen und Anhängern von Wahlsieger und Unterlegenem, wie jüngst in der Elfenbeinküste geschehen, konnte verhindert werden. Das war nicht zuletzt das Verdienst gut vernetzter zivilgesellschaftlicher Initiativen im ganzen Land. Mit der Verbreitung korrekter, unparteilicher Informationen verhinderten sie, dass durch einzelne Gewalttaten eine Gewaltspirale losgetreten wurde. Von diesen und ähnlichen Erfolgen ziviler Konfliktbearbeitung erfahren wir oft gar nicht.

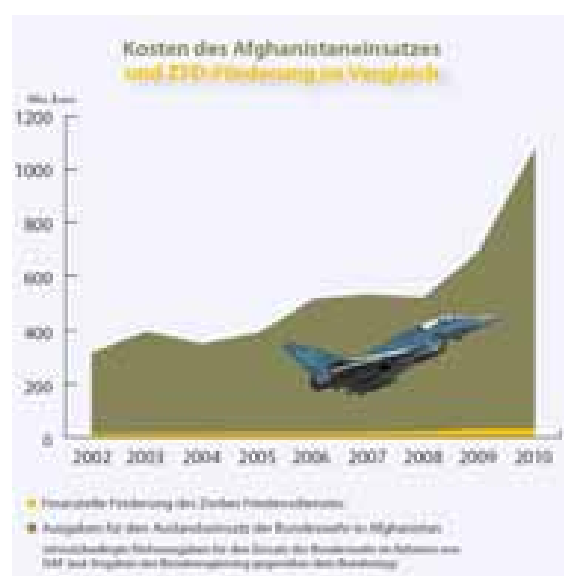
### Steuergeld für Auslandseinsätze

Protest regt sich höchstens, wenn über Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden wird. Doch kaum jemand meldet sich zu Wort, wenn wieder einmal zu wenig in gewaltfreie Mittel investiert wird, um das Entstehen von Krieg und Gewalt frühzeitig zu verhindern. In den vergangenen zehn Jahren haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages insgesamt 5,6 Milliarden Euro für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan (ISAF) bewilligt. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt die wirtschaftlichen Gesamtkosten noch um ein Vielfaches höher ein. 192 Millionen Euro (rund 0,2 Milliarden) hat das Parlament in der gleichen Zeit für den Zivilen Friedensdienst, einem nachweislich wichtigen deutschen Programm der Friedensförderung, zur Verfügung gestellt.

### Gewaltfreie Prävention statt militärische Reaktion!

Dabei bestreitet niemand, dass gewaltfreie Prävention - ohne auch berechtigte moralische Argumente aufzuführen - auch langfristig preiswerter und effektiver als militärisches Eingreifen bei Eskalation von Gewalt ist. Eine Investition in zivile Prävention wäre zugleich vorausschauende Haushaltspolitik und kluge Friedenspolitik. Alle Fraktionen, ebenso die Vertreter der Bundesregierung, haben im Rahmen der Debatten zum Afghanistaneinsatz immer wieder die Bedeutung ziviler Maßnahmen herausgestellt. Dennoch geben wir weiterhin ein Vielfaches für militärische Konfliktbewältigung aus, statt unsere Möglichkeiten ziviler Prävention deutlich auszubauen.

Mit der Kampagne "20 Millionen mehr vom Militär!" wollen Friedensorganisationen auf diese eklatanten Fehlinvestitionen aufmerksam machen und für ein Umsteuern werben. Der Bundesverteidigungsminister wurde in einem offenen Brief aufgefordert, Mittel aus seinem Etat abzugeben. Im Herbst forderten die Unterstützer mit der Briefaktion "Prävention braucht Ihre Stimme!" die Bundestagsabgeordneten auf, die Forderung nach 20 Millionen mehr für den Zivilen Friedensdienst in der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 zu berücksichtigen.



## Ziviler Friedensdienst weltweit – ein Überblick

Anzahl der Friedensfachkräfte im Einsatz (Stand 31. Dezember 2010)



### Regierung investiert nicht in gewaltfreie Prävention

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 sieht jedoch für den Zivilen Friedensdienst erneut lediglich 29 Millionen Euro vor. Damit stagniert der ZFD im dritten Jahr, was nach unserer Auffassung das falsche Signal ist angesichts der gerade veröffentlichten umfangreichen Wirkungsevaluierung. Diese stellt fest, dass der Zivile Friedensdienst sein Potential für die Prävention von Gewalt längst nicht ausschöpft.

### Druck für den Zivilen Friedensdienst

Damit aus Worten Taten werden ist Druck aus der Gesellschaft gefragt. Der Zivile Friedensdienst braucht eine starke Lobby. Darum will die Kampagne 20.000 Unterschriften für die Umwidmung erreichen. Wer die Kampagne unterstützen will, kann auch mehr tun. Unterschriftenlisten, Zeitungen und Flyer zur Kampagne können beim forumZFD bestellt werden. Sie können auch eine Friedensfachkraft für eine Veranstaltung einladen und so authentisch über den ZFD informieren.

Info: [www.20millionen-mehr-vom-militaer.de](http://www.20millionen-mehr-vom-militaer.de)

*Christoph Bongard ist Leiter der Abteilung Kommunikation im Forum Ziviler Friedensdienst e. V. und Koordinator der Kampagne "20 Millionen mehr vom Militär!".*

Der andere Stand beim Kirchentag ist der der ev. Militärseelsorge. Die dort amtierenden Pfarrer werden von der Bundeswehr bezahlt und tragen entsprechend die Bundeswehruniform. Unseren Besuchern sagen wir gerne: Schauen Sie sich beide Stände an. Wir wollen erreichen, dass alle SteuerzahlerInnen die Wahl bekommen zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer. Jene zwei Stände verkörpern genau diese Wahl!

Nun kann man auch bei den geistlichen Militärs positive Überraschungen erleben. So geschehen beim Kirchentag in Bremen, 2009. Es sprach dort am Stand Hartwig von Schubert vom Ev. Militärpfarramt Hamburg II und zwar sehr friedliebend. Als ich während der anschließenden Diskussion fragte, ob ihm das Missverhältnis zwischen den Ausgaben für gewaltvolle und gewaltfreie Einsätze kenne, sagte er zu meiner Überraschung: "Ja, dieses Verhältnis gehört umgekehrt!"

Anlässlich der Aktion vom ZFD: "20 Millionen mehr vom Militär!" erinnerte ich ihn an seine Aussage und fragte, wie er nun zu dieser Aktion stehe. Und legte nach mit der Frage aus FN45: "Welche Rechtfertigung hat die kirchliche Militärseelsorge noch, wo der Kriegsdienst jetzt nur noch als Freiwilligendienst existiert?"

Leider bekam ich keine Antwort.

*Gertie Brammer*

## Internationales

### Kriegsdienstverweigerung (KDV) ist endlich als Menschenrecht anerkannt worden

Das Hohe Gericht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) beschloss in seinem Grundsatz-Urteil vom 7. Juli 2011, dass Staaten die Pflicht haben, das individuelle Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Teil des Rechts auf Freiheit von Gedanken, Gewissen und Religion anzuerkennen. Damit forderte es die Türkei und Armenien, die einzigen zwei Unterzeichner der Menschenrechtskonvention, welche das Recht auf KDV noch nicht umgesetzt hatten, auf, dies nun sofort zu tun. Zusätzlich wurde Armenien aufgefordert, seinen Zivildienst auf europäisches Niveau zu bringen, wie das Land selber schon längst beschlossen, aber nicht umgesetzt hatte.

Noch im Oktober 2009 hatte eine andere Kammer des ECHR mit 7 RichterInnen geurteilt, dass KDV nicht im Schutzbereich von Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention fällt. Jetzt hat das Hohe Gericht mit 17 RichterInnen beschlossen, dass dies wohl der Fall ist. Dieser Art.9 ist so gut wie deckungsgleich mit Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

*Quelle: Gemeinsame Erklärung von Amnesty International, CPTI, Internationale Juristen-Kommission, QUNO (Quäkers UN-Büro in Genf) und War Resister's International.*

### Teilnahme am Symposium der norwegischen Friedensbewegung vom 5.-8. August 2011

Die 30 TeilnehmerInnen aus verschiedenen norwegischen Friedensgruppen hatten das Ziel, eine landesweite Aktion zu finden, wo sich die ganze norwegische Friedensbewegung dahinter stellen könne. Man

kann die Veranstaltung also mit der ‚Strategiekonferenz‘ vergleichen, welche die deutsche Friedensbewegung am Anfang eines jeden Jahres zum gleichen Ziel abhält. Die Friedenssteuergruppe aus Oslo hat diese Gelegenheit wahrgenommen, für ihr/unser Thema zu werben. Man war sehr um eine deutsche Teilnahme bemüht.

Gewählt wurde am Ende der Tagung allerdings ein anderes Thema: Die Gründung eines eigenständigen Friedensfonds, wo Beiträge und Spenden gesammelt werden sollen, die dann speziellen Friedensprojekten zur Verfügung gestellt werden können. Die Vision ist, das (Steuer-)Geld für Frieden selber in die Hand zu nehmen.

Johann Galtung, der Star des Symposiums, meinte zum Thema ‚Friedenssteuer‘: Ein Zivilsteuergesetz wird nicht klappen in Ländern, die NATO-Mitglied sind. Diese Länder (also auch Deutschland und Norwegen) sind zu festgefahren in ihrer Rüstungspolitik. Wir sollten trotzdem an unseren Zielen festhalten und uns dabei in der ‚Transcend-Methode‘ schulen. Das ist Galtungs Methode, Konflikte zu analysieren, zu transzendieren und ohne Gewalt mit allen Betroffenen zu bearbeiten bis hin zu einer für alle akzeptablen Lösung.

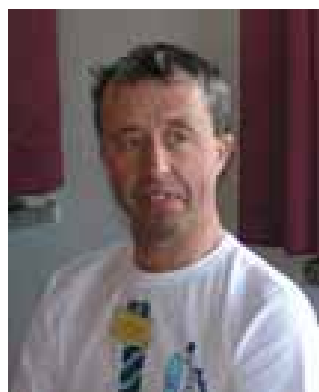
Andere angekündigte Referenten (Politiker aus USA und Norwegen) hatten im letzten Moment leider abgesagt. Der deutsche Beitrag bekam viel Aufmerksamkeit und Galtung hat den Text unseres Zivilsteuergesetzes aufmerksam gelesen. Die Veranstaltung so wie der persönliche Austausch fanden in sehr angenehmer und gastfreundschaftlicher Atmosphäre statt.



### Besuch bei Conscience UK in London

Ein eigenes Büro, zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen, etliche Ehrenamtliche im Bürodienst, ca. 1.800 Mitglieder, 10 Leute im Vorstand (der ohne Vorsitz arbeitet) und 60.000 Pfund Jahreshaushalt - so kurz und knapp ein paar Daten zu Conscience UK, der britischen Friedenssteuerbewegung. Im Oktober besuchte ich das Londoner Büro unserer Schwesterorganisation, um jenseits der internationalen Konferenzen Kontakt aufzunehmen. Eine enge Kooperation erschien uns sinnvoll und dies sollte versucht werden. Ich traf auf offene Ohren und sprach die Einladung aus, zu unserer nächsten Tagung 2012 zu kommen. Ebenso wollen sie bei CPTI nach dem Ausscheiden von Robin Brookes wieder stärker mitarbeiten. Und wie machen sie weiter nach dem Ende von Peace Tax Seven und dem praktischen Scheitern der Staatssekretäroffensive? Welche Wege gehen sie - und wir - mit der Lobbyarbeit und mit dem Gewinnen von mehr aktiven Mitarbeitenden? Es gibt gute gemeinsame Themen. Herzlich Willkommen.

*Friedrich Heilmann*



### Neuer Prozess in Straßburg

Klar ist schon mal, was der Quäker Roy Procter macht, der einer der Peace Tax Seven war. Nachdem er seinen Prozess wegen Militärsteuerweigerung verloren hatte, und der Richter ihm den weiteren Rechtsweg in England verweigerte, dafür aber empfahl, sich an den ECHR zu wenden, beschloss er, tatsächlich in Straßburg zu klagen. Der ECHR hat vor zwei Jahren eine Klage der ‚Peace Tax Seven‘ nicht angenommen. Aber Roy glaubt, dass die Einschätzung der Richter des ECHR sich verlagert habe. Im Juli d.J. urteilten sie, dass KDV ein Menschenrecht ist (s.o.). Das hatte eine längere Vorgeschichte. Warum nicht auch eine Wende in Richtung MSV? Wir wünschen VIEL ERFOLG!!!

**Die 14. Internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen** wird erst im Februar 2013 in Bogotá / Kolumbien stattfinden. Die Organisation liegt bei der *Acción Colectiva de Objetores y Objetoras de Conciencia / ACOOC*, vertreten durch Milena Romero, unterstützt durch Derek Brett (unser CPTI-Vertreter bei der UNO in Genf) und Organisatoren von vorherigen Konferenzen, also auch von unserem Netzwerk. Nähere Angaben in FN47.

### **Aachener Friedenspreis 2011**

Die Preisträger am Antikriegstag dieses Jahres waren Jürgen Grässlin aus Freiburg und die Informationsstelle Militarisierung (IMI) aus Tübingen.

In seiner Preisrede weist Rolf Gössner\*, der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, darauf hin, dass Jürgen Grässlin seit 1982 Realschullehrer im Freiburger Schuldienst ist. Seit den 1980er Jahren arbeitet er neben seinem vollen Deputat, so die Verleihungsbegründung, "mit beeindruckender Energie und Unermüdlichkeit für den Frieden, vor allem für Verbote von Rüstungsproduktion und -exporten". Er wird nicht müde, über diesen todbringenden Wirtschaftszweig aufzuklären und darüber hinaus für eine konsequente Konversion der Waffen- und Rüstungsproduktion sowie für die Aufnahme eines generellen Waffenexportverbots im Grundgesetz zu streiten. Das ist in unserem Land, das der drittgrößte Waffenexporteur weltweit ist, von höherem Belang als mancher denkt. Dazu gehört, dass der Preisträger als kritischer Aktionär sich mit der Daimler AG auseinandergesetzt hat. Zusammen mit anderen geißelte er in Reden und Anträgen während der jährlichen Hauptversammlungen vor mehreren tausend Aktionären die Exporte ganzer Waffensysteme an Menschenrechte verletzende und Krieg führende Staaten - zumeist mit beachtlichem Medienecho. Hervorgehoben werden seine Worte die er in der vollbesetzten Schleyerhalle in Stuttgart an den ehemaligen Daimler-Vorstandsvorsitzenden richtete: "Herr Schrempp, an Ihren Händen klebt das Blut unzähliger Toter".

Der zweite Aachener Friedenspreisträger ist diesmal nicht eine ausländische Person oder Organisation, sondern die Informationsstelle Militarisierung e.V.. IMI wurde, wie der Preisredner ausführte, 1996 von mehreren Personen der Friedensbewegung initiiert - ursprünglich als Reaktion auf die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Calw, jener abgeschotteten Spezialeinheit der Bundeswehr, die nahezu keiner demokratischen Kontrolle unterliegt und symbolhaft für die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer global agierenden Interventionsarmee steht. IMI hat sich seit ihrer Gründung zu einer ehrenamtlich arbeitenden antimilitaristischen Denkfabrik entwickelt; sie verfolgt laut Satzung den Zweck, "aktive Beiträge zur Verbreitung des Gedankens der Völkerverständigung zu leisten und friedliche Konfliktlösungsmöglichkeiten zu fördern".

Das Programm der Preisverleihung war eingebettet in einen wunderschönen sonnigen Tag. Am Aachener Elisenbrunnen öffentlich und lautstark auf das Anliegen des Friedens in diesen inzwischen wieder einmal sehr kriegerischen Zeiten hingewiesen. Dann gingen die Demonstrationsteilnehmer (einige hundert an der Zahl) in einem von Trommeln dumpf begleiteten Zug ihren Weg vom Brunnen bis zur "Aula Carolina". Für die musikalische Begleitung dort sorgte eine sehr couragiert aufspielende Flötistin (Annette Coelho), die der feierlichen Veranstaltung auch in dieser Hinsicht Stil und Schwung verlieh.

Auf der Heimfahrt fühlten wir uns erfüllt von dem Erlebten und mussten- wieder einmal - darüber nachdenken, warum es uns und so vielen Menschen mit uns immer noch und immer wieder so schwer fällt, dem Motto zu folgen, das auch uns bei der Verleihung dieses Preises (1993) mit auf den Weg gegeben wurde: "Frieden ist eine Grundhaltung, die Interessen-gegensätze auf den verschiedensten Ebenen so austrägt, dass damit dem Ausbruch von gewaltsamen Feindseligkeiten jeglicher Boden entzogen wird".

*Ute und Robert Antoch*





## Das Finanzamt hat Ihnen geantwortet!

Dass die Finanzämter sich nicht trauen, Ihrem Stundungsantrag in Sachen „Militärsteuer“ stattzugeben, obwohl das Grundrecht der Gewissensfreiheit auf dem Spiel steht, war schon zu vermuten. Grundrechte sind für den Staat unbequem, sie müssen von der Zivilgesellschaft immer wieder erkämpft werden. Darin sind wir jetzt einen kleinen Schritt weiter. Zahlreiche Finanzbeamte wissen durch die Aktion, dass etwa eine Panzerlieferung nach Saudi-Arabien mit Gewissen zu tun haben könnte. Sie müssen sich mit dem Problem pflichtgemäß befassen. Freilich, sie möchten es los werden. Sie denken nicht daran, dass militärische Gewaltpotenziale Länder wie die USA zahlungsunfähig machen, und dass jetzt der deutsche Steuerzahler auch für die Rüstungsschulden Griechenlands aufkommen muss. Sie meinen, das sei doch Sache der Politik und erinnern sich nicht an den Art.1 (3) GG, wonach auch das Finanzamt als vollziehende Gewalt die Grundrechte zu respektieren hat.

## Was also soll nun geschehen?

### 1. Das Finanzamt hat meinen Antrag abgelehnt, was kann ich machen?

Die Ablehnung des Antrags ist ein Verwaltungsakt, gegen den Sie ohne Kostenfolgen Einspruch einlegen können. Gab es in der Ablehnung eine Rechtshilfebelehrung, ist der Einspruch innerhalb einer Monatsfrist zu versenden. Fehlt diese Rechtshilfebelehrung, dann beträgt die Einspruchsfrist ein Jahr.

### 2. Wie kann der Einspruch aussehen?

Der Einspruch ist schriftlich mit Angabe des Aktenzeichens einzulegen, wobei die Beschwer zu nennen ist. Etwa mit einem Kernsatz wie: „Durch die Ablehnung meines Antrages vom ..., AZ ..., bin ich weiterhin in meinem Gewissen beschwert. Deshalb lege ich unter Verweis auf Art. 1 Abs. 3 GG und Art. 4 Abs. 1 GG gegen diese Ablehnung Einspruch ein. Nach Art. 1 Abs. 3 GG haben Sie als vollziehende Gewalt die grundgesetzliche Pflicht, das Grundrecht nach Art. 4 (1) zu beachten.“

### 3. Was geschieht dann?

Das Finanzamt wird Ihren Einspruch nach den bisherigen Erfahrungen ablehnen. Dann können Sie beim zuständigen Finanzgericht klagen. Sie brauchen dazu keinen Anwalt. Natürlich können Sie aber eine Rechtsanwältin, einen Rechtsanwalt damit beauftragen, Ihre Klage zu erheben und/oder Sie beim Finanzgericht zu vertreten. Bei Fragen dazu helfen wir Ihnen gerne. Die Klage enthält Ihren Antrag, die Ablehnung Ihres Antrages durch das Finanzamt und die Begründung (Gewissensgründe, Rechtslage). Beispiele für Klageerhebungen liegen vor. Erkennt das Finanzamt Ihren Antrag aufgrund Ihres Einspruchs aber an, ist die Menschheit schlicht einen Schritt weitergekommen.

### 4. Mit welchen Kosten ist die Klage beim Finanzgericht verbunden?

Falls Sie eine Anwältin oder einen Anwalt beauftragen, müssen Sie mit Honorar rechnen. Da bei dem Stundungsantrag kein Streitwert festliegt, empfiehlt es sich, ein Honorar vorher zu vereinbaren. Die Gerichtskosten können Sie unter [www.finanzgericht.org/Kosten-Finanzgericht.htm](http://www.finanzgericht.org/Kosten-Finanzgericht.htm) nachsehen. Auch hier empfiehlt es sich, dazu beim Finanzgericht vorher anzufragen.

### 5. Was bringt das alles?

Durch gerichtliche Klagen gegen die Entscheidung der Finanzämter in Sachen Steuerzahlung und Militärfinanzierung – die bisher keinen Erfolg hatten – haben engagierte Menschen aber erreicht, dass verschiedene Gerichte das Gewissensproblem der Kläger anerkannt haben. Ein weiterer Schritt auf diesem Weg ist, dass der im Rechtswesen seit Platon und Aristoteles wichtige Begriff der „Billigkeit“ (Epikie) wieder im Sinne der **Würde** des Menschen verwendet wird – und nicht ausschließlich auf seine ökonomischen Verhältnisse. Dann wäre auch die angestrebte Stundung aus „unbilliger Härte“ möglich und mit ihr eine gesetzliche Regelung. Außerdem: ein Gerichtsverfahren in Sachen Gewissensfreiheit ist eine „gewaltfreie juristische Aktion“; entsprechend begleitet, schafft sie die dringend benötigte Öffentlichkeit.

Bitte informieren Sie uns wieder: [Lina Hoffmann, Netzwerk Friedenssteuer, Olivenweg 36, 90441 Nürnberg, Tel.: 0911 / 662993](mailto:lina.hoffmann@friedenssteuer.de)  
E-Mail: [lina.hoffmann@friedenssteuer.de](mailto:lina.hoffmann@friedenssteuer.de). Frau Hoffmann leitet auch Ihre Fragen an entsprechende Personen im Netzwerk weiter.

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gerlie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Materialversand	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Erkner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gerlie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283 F 089-716222	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rambow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rambow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kleser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Else	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283 F 089-716222	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-helmuth.hoffmann@t-online.de
Region Südwest	Marduk	Buscher	Schirnhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore Morgenstern- Przygoda		Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Erkner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de

**Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:** Kontonr. 7001601600, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 43060967. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt. Ab 10,- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00, GLS  
Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67